

# SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf  
Nr. 13 für den Wahlkreis 4 September 2007



*Liebe  
Mitbürgerinnen  
und Mitbürger,*

für 5,3 Milliarden Euro wurde in diesem Sommer die Landesbank Berlin an den Deutschen Sparkassen – und Giroverband (DSGV) verkauft. Finanziell ist dies ein ausgezeichnetes Ergebnis,

wenn man bedenkt, dass im Jahre 2003 beim ersten Versuch, die Bank zu verkaufen, das beste Gebot bei 10 Millionen lag – und der damalige Interessent Flowers (eine "Heuschrecke" aus den USA) zusätzlich noch die Übernahme zahlreicher weiterer Risiken durch das Land Berlin verlangte!

Zum Glück behielt der Senat seinerzeit die Nerven und blies den schon eingeleiteten Veräußerungsprozess ab. Die Bank unter ihrem neuen Vorstandsvorsitzenden Vetter leistete das Ihre und gelangte nach Jahren großwahnsinniger Expansionspolitik und waghalsiger Spekulationen in ruhigeres Fahrwasser, schrieb endlich wieder schwarze Zahlen.

Eine solche Bank wäre als dauerhafte Landesbeteiligung Berlins durchaus lohnend gewesen, jedoch hatte Berlin diese Option leider nicht mehr: Die EU-Kommission genehmigte die Beihilfen von fast 2 Milliarden Euro im Jahre 2001, mit denen die Bank seinerzeit vor dem Konkurs bewahrt wurde, nur unter der Bedingung, dass die Landesbeteiligung an der Bank bis 2007 veräußert wird.

Insofern ist das nachträgliche Herabspielen des Bankenskandals durch die CDU peinlich – nichts als ein durchsichtiges Manöver, um den Schaden zu verharmlosen, den Berlin durch die Aktivitäten des früheren CDU-Fraktionsvorsitzenden und Bankvorstandes Klaus-Rüdiger Landowsky erlitten hat! Zwar wird nun hoffentlich ein Großteil der Immobilienrisiken für das Altgeschäft der Bankgesellschaft aus dem Verkaufserlös für die Bank zu decken sein. Doch Berlin hat zum einen die fast 2 Milliarden für die Beihilfe im Jahr 2001 aus Steuergeldern aufbringen müssen, die anderswo fehlten, und hat vor allem das Eigentum an der Berliner Sparkasse und der Berliner Bank unwiederbringlich verloren – also ein massiver Vermögensschaden für das Land!

Wenn im Endeffekt dennoch festgestellt werden kann, dass Berlin noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen ist, so liegt dies vor allem am Erwerber, dem öffentlich-rechtlichen DGSV. Der vom privaten Bankensektor geplante und von der EU-Kommission wohlwollend unterstützte Versuch, das öffentlich-rechtliche Bankenwesen in Deutschland an dieser Stelle zu knacken, ist gescheitert. Wo Sparkasse drauf steht, wird auch in Berlin weiterhin Sparkasse drin sein!

Das war durchaus nicht selbstverständlich: In der Anfangsphase des Veräußerungsprozesses im Frühjahr dieses Jahres standen verschiedene "Heuschrecken" bereit, in Berlin einzufliegen, und auch private Großbanken wären gerne in den Besitz der Berliner Sparkasse gelangt. Doch der Sparkassen- und Giroverband sowie die Mehrzahl der deutschen Sparkassen haben erkannt, dass man dieses Einfallstor um keinen Preis öffnen durfte, ohne den öffentlich-rechtlichen Bankensektor insgesamt zur Disposition zu stellen; sie haben deshalb mit ihrem Angebot alle anderen Konkurrenten aus dem Feld geschlagen.

Für Berlin ergibt sich hieraus die Möglichkeit, mit 15-jähriger Verspätung vielleicht doch noch das zu bekommen, was 1992 mit der Gründung der Landesbank hätte beginnen können, jedoch durch den zwei Jahre später gegründeten Mammutkonzern "Bankgesellschaft Berlin" bereits im Keim erstickt wurde. Die Landesbank Berlin hat nun wieder eine Chance, im Verbund mit anderen öffentlich-rechtlichen Instituten ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht zu werden, und mit der Berliner Sparkasse als regional verankerter Bank der Förderung kleiner Sparer und der mittelständischen Wirtschaft zu dienen.

Ihr Wahlkreisabgeordneter

*Frank Jahnke*

**Sommerfest**  
**am 23. September 2007**  
**von 15 bis 18 Uhr auf dem**  
**Karl-August Platz**  
**mit Kinderspielen, Musik, Kaffee, Kuchen, ...**  
**und Politik**

# Parkraumbewirtschaftung – Warum gibt es einen Bürgerentscheid am 23. September?

Die ersten Parkraumbewirtschaftungsgebiete wurden in Charlottenburg - Wilmersdorf Mitte der neunziger Jahren vom damaligen Verkehrsstaatssekretär Ingo Schmitt (CDU) eingeführt und danach schrittweise ausgedehnt. Der Berliner Senat hatte auf Drängen der SPD-Fraktion 2003 eine international anerkannte Verkehrskonzeption entwickelt (den „Stadtentwicklungsplan Verkehr“), mit dem Ziel die Lebensqualität zu verbessern und die Luft- und Lärmbelastungen in der Berliner Innenstadt zu senken. Einer der wichtigsten Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele ist die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung in der Berliner Innenstadt (siehe Bild 1). Unterstützt wird die Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung auch von der Industrie- und Handelskammer und der Fuhrgewerbeinnung.

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf und die Mehrheit der BVV unterstützen die Umsetzung des Stadtentwicklungsplan Verkehr. Im April 2006 hat sich die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf dafür entschieden, die Parkraumbewirtschaftung in das Gebiet Kaiserdamm, Lietzen-

see, Amtsgerichtsplatz, Stuttgarter Platz, Halensee, Westfälische Straße und Berliner Straße auszuweiten.

Eine Bürgerinitiative engagierte sich dagegen und hat genug Unterschriften (d.h. ca. 10000 Unterschriften) gesammelt, um einen Bürgerentscheid herbeizuführen. Alle Bürgerinnen und Bürger des Bezirks über 16 Jahre sind daher am 23. September aufgerufen, über die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung zu entscheiden.

Die Argumente der Bürgerinitiative überzeugen nicht. Parkraumbewirtschaftung hat sich in hunderten Städten auf der Welt bewährt – von Krakau über Seattle bis Berlin. Es gibt keine Maßnahme in der Verkehrsplanung, deren Wirkung so gut erforscht ist in der Verkehrswissenschaft (siehe Bild 2).

Wir wollen, dass unser Bezirk ein attraktiver Wohnort bleibt. Die Lebensqualität einer Stadt wird jedoch eingeschränkt durch Lärm, schlechte Luft und zu geparkte Flächen.

## Extension of Parking Management

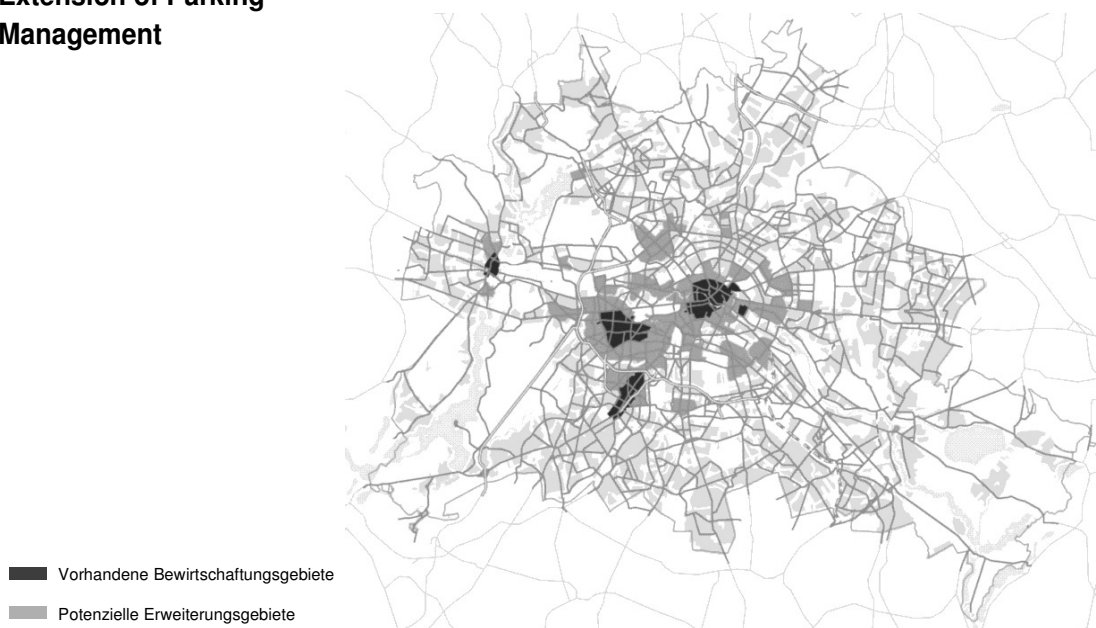


Bild 1.

Im Stadtentwicklungsplan Verkehr vorgesehene Erweiterungsgebiete  
(u.a. die Erweiterung im Westen von Charlottenburg)

### Wer profitiert von der Parkraumbewirtschaftung?

Parkraumbewirtschaftung ist in Stadtgebieten sinnvoll, in denen die Nachfrage nach Parkplätzen größer ist als das Angebot. Dies führt zu Parksuchverkehr. Der kostet Zeit und Nerven und verursacht mehr Lärm und Abgase.

Parkraumbewirtschaftung bevorzugt die Anwohner in der Innenstadt gegenüber den gebietsfremden Dauerparkern:

- Durch die Gebührenpflicht werden viele Berufspendler vom Stadtrand und aus dem Umland dazu ermuntert, die in der Berliner Innenstadt arbeiten, das Auto stehen zu lassen und Busse und Bahnen zu benutzen.
- Die Anwohner mit Pkw haben den Vorteil in ihrer Parkzone gegen eine Verwaltungsgebühr von 25,55 Euro pro Jahr (2,13 Euro pro Monat) von der Gebührenpflicht ausgenommen zu werden und schneller einen Parkplatz zu finden.

- Sowohl die Anwohner mit Pkw als auch die Anwohner ohne Pkw (immerhin über 50 % der Haushalte der City-West) haben gemeinsam noch einen weiteren großen Vorteil: Durch die Parkraumbewirtschaftung wird die Luft- und Lärmbelastung in der Innenstadt abgesenkt. Dies kommt dadurch zustande, dass der Pkw-Verkehr in die Innenstadt dadurch gedämpft wird, dass viele Pendler auf Busse und Bahnen umsteigen.
- Verstärkt wird die Absenkung der Luft- und Lärmbelastungen durch die gleichzeitige Reduzierung des Parksuchverkehrs.
- Es profitieren aber auch die Kunden und Zulieferer des Einzelhandels. Die Kunden finden schneller einen Parkplatz für ihre Einkäufe. Zulieferer können besser be- und entladen. Daher unterstützt auch die IHK und die Fuhrgewerbeinnung die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung.



Änderung der Kfz-Belastung  
2015 Szenario 2  
gegenüber Szenario 1

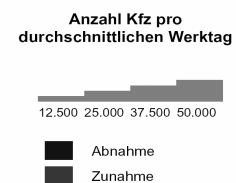


Bild 2:

Berechnete Wirkung der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung durch Computer-Simulation. Die Dicke der Linien kennzeichnet die Abnahme der Pkw-Straßenverkehr bzw. die Luft- und Lärmbelastungen. Quelle: Stadtentwicklungsplan Verkehr, mobil 2010

- Die Parkraumbewirtschaftung ist auch eine wichtige Maßnahme des Berliner Luftreinhalteplans. Die für 2008 geplante Einführung der Umweltzone in der Berliner Innenstadt würde alleine reicht nicht ausreichen, um die Luft- und Lärmbelastungen im Straßennetz in Charlottenburg - Wilmersdorf so weit abzusinken, dass keine Beeinträchtigung der Gesundheit der Anwohner ausgeht. Die Parkraumbewirtschaftung hat dabei fast die gleiche Wirkung wie die Umweltzone. Mit der gleichzeitigen Einführung der Umweltzone und der Erweiterung der Parkraumbewirtschaftungsgebiete in der Innenstadt addieren bzw. verdoppeln sich die Wirkungen hinsichtlich der Absenkung der Luft- und Lärmbelastungen. Nur mit beiden Maßnahmen zusammen können wir das Ziel „Saubere Luft“ und „weniger Lärm“ erreichen. Beide Maßnahmen sind die wichtigsten Bausteine des vom Berliner Senates beschlossenen Verkehrskonzeptes (dem Stadtentwicklungsplan Verkehr).



### **Ist die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung im Westen unseres Bezirks sinnvoll?**

Jede Einführung der Parkraumbewirtschaftung muss nach dem Straßenverkehrsrecht sorgfältig gutachterlich geprüft werden. Die Gerichte sind streng und geben erfahrungsgemäß jeder Bürgerklage Recht, wenn nicht nachgewiesen ist, dass hoher Parkdruck besteht und mehrere Nutzergruppen um den knappen Parkraum konkurrieren.

Entgegen den Behauptungen der Bürgerinitiative wurde beim Erweiterungsgebiet in Charlottenburg-Wilmersdorf sogar hier sogar mehrfach geprüft. Bereits der Senat hat bei der Erarbeitung des „Stadtentwicklungsplan Verkehr“ in seinen Untersuchungen das betreffende Gebiet als potentielles Erweiterungsgebiet identifiziert. Die Erarbeitung wurde dabei von einem wissenschaftlichen Beirat kontrolliert, an dem international anerkannte Wissenschaftler mitgewirkt hatten. Unabhängig davon wurde das Erweiterungsgebiet von einem Gutachter im Auftrag des Bezirks geprüft. Alle Experten kamen zu dem gleichen Ergebnis: Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung macht Sinn!

### **Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

wir bitten Sie daher:

Stimmen Sie mit „Nein“!

Ein „Nein“ führt zu einer Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung!

Ein „Nein“ ermöglicht es, Luft- und Lärmbelastungen abzusinken. Sie stimmen damit für ein gesünderes Lebensumfeld und mehr Lebensqualität in unserem Bezirk.

**Unterstützen Sie die moderne Verkehrspolitik des Senats und des Bezirks!**

*Jürgen Murach*

# Ehrenamtliche Tätigkeit in Berlin und im Bezirk

Möglichkeiten gibt es viele, für sein Leben neue Akzente zu setzen und in den Alltag etwas Abwechslung zu bringen. Ich denke da an das Bürgerliche Engagement in Berlin und im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf.

Es gibt Vereine, Arbeitsgemeinschaften und Initiativen um sich kirchlich, sportlich, kulturell, im Immigrationsbereich, in der Seniorenbetreuung und in den anderen unzähligen Bereichen einzubringen.

So findet man auf der Berliner Ebene unter anderem bei der Senatsverwaltung für Soziales Ansprechpartner für das bürgerschaftliches Engagement, für Seniorenpolitik, Ulrich Wiebusch, Telefon: (030) 9028-2815, Telefax: (030) 9028-2070, für die Migrantinnen, Migranten, Günter Lewanzik, Telefon: (030) 9026-2371, Telefax: (030) 9026, und auch weitere Hinweise z.B. die Web-Seite: [www.freiwilligenagentur-berlin.de](http://www.freiwilligenagentur-berlin.de).

Auch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport bietet Möglichkeiten an; dazu gehört ehrenamtliches Engagement im Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Wasserrettungsdienst sowie ehrenamtliche Arbeit in Vereinen, Fachverbänden und Sportarbeitsgemeinschaften. Ansprechpartner sind unter anderen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz oder im sportlichen Bereich den Landessportbund Berlin, Tel.-Nr.: 30002-0, E-mail: [info@lsb-berlin.org](mailto:info@lsb-berlin.org). Sportjugend Berlin, Herr Jürgen Stein, Tel.-Nr.: 30002-173, E-mail: [J.Stein@sportjugend-berlin.de](mailto:J.Stein@sportjugend-berlin.de) oder auch [www.ehrenamt-im-sport.de](http://www.ehrenamt-im-sport.de).

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich sehr stark für die ehrenamtliche Tätigkeit ein. So wird das Jugendparlament besonders gefördert, um Jugendlichen ein Mitspracherecht in der Gestaltung des Bezirks zu geben. Auch die freiwillige Pflege von Grünanlage wird durch Preise gefördert. Für die Fragen der Migration gibt es eine Beauftragte, die allen Anliegen nachgeht.

Im kulturellen Bereich werden z.B. für Theatergruppen Bühnen gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung gestellt. Durch den starken Einsatz der Mitglieder können die Vereine nur existieren. Die Mitglieder opfern gerne ihre freie Zeit und investieren viel Arbeit und Mühe.

Aber nicht immer ist es damit schon getan; man benötigt zu ehrenamtlicher Mitarbeit auch Geld, z.B. für das Nachpflanzen von Bäumen, das Streichen von Schulen oder Einrichtung eines Tütenspenders für Hundekot. In solchen Fälle richtet man am besten einen Unterstützungswunsch an den Bezirk. So sind 46.000,00 € Sachmittel für 2007 geplant, um die ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen. Diese finanziellen Mittel kann jeder Bürger in Charlottenburg-Wilmersdorf und auch jede Initiative beantragen.

Neben den Fördermittel des Bezirks wird das ehrenamtliche Engagement durch Auszeichnungen bedacht. Zu diesen Auszeichnungen gehören die Verleihung des Erwin-Barth-Preises, der Wettbewerb für Recycling oder der Fußball-Wanderpokal der Bezirksbürgermeisterin.

Der Erwin-Barth-Preises wird vergeben für das ehrenamtliche Engagement in der Grünpflege. Erwin Barth (1880 – 1933), war seit 1912 Gartendirektor von Charlottenburg, ihm verdankt der Bezirk unter anderem den Volkspark Jungfernheide, den Mierendorffplatz, Brixplatz und Savignyplatz.

Der Wettbewerb für Recycling umfasste Urkunden und Geldpreise in Höhe von insgesamt 3.500 €, der an die teilnehmenden Schulen und Jugendeinrichtungen verliehen wird. Den Ersten Preis in diesem Jahr erhielt der Jugendclub Halemweg. Die Kinder haben sich mit Abfallvermeidung beschäftigt und am Jugendclub eine Recyclingstation gebaut.

Der Fußball-Wanderpokal der Bezirksbürgermeisterin ging dies Jahr an den Pokalsieger 2007 FC Brandenburg 03 I. Der Preis beträgt 250,00 €.

Wenn Sie sich an einen Verein in ihrem Kiez wenden wollen, so erkundigen Sie sich beim Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin. Es gibt viele Möglichkeiten, sich ehrenamtlich einzubringen, um diesen Bezirk lebenswerter zu machen.

*Andre Zeunert*

## Lohn-Gerechtigkeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Unser Land hat sich verändert. Viele von uns erinnern sich noch daran: Man fand einen Job, musste sich über Details des Arbeitsvertrages nicht so viele Gedanken machen. Dies hatte einen guten Grund: Es gab in fast allen Lebensbereichen Tarifverträge, die Gehalt und die anderen wichtigen Bedingungen einer Arbeitnehmerschaft regeln. Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten – oft nach zähem Ringen – einen Kompromiss geschlossen und akzeptable Vertragsbedingungen für Arbeiter und Angestellte vereinbart.

Dann kamen die endlosen Jahre unter der Regierung Kohl. Es gab Veränderung: Auflösung der Flächentarifverträge. Dreiste Arbeitgeberforderungen an Gewerkschaften und Betriebsräte. Steter Verfall der Verbände. Arbeitgeber, die sich an Tarifverträge nicht mehr binden lassen und vorsätzlich nicht mehr halten. Geschwächte Gewerkschaften, die einerseits Mitglieder verlieren andererseits durch die Taktik der Arbeitgeber, viele kleinflächige Vereinbarungen treffen zu wollen, nur noch mit großem Aufwand die Interessen der Arbeitnehmer durchsetzen können. Infolge des Mangels an Arbeitsplätzen die Bereitschaft von Arbeitnehmern, unter Tarif zu arbeiten. Bei jungen Leuten: Unbezahlte Praktika ohne Aussicht auf einen festen Job.

Die von der SPD geführte Regierung der letzten Jahre haben viele Schritte zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte unternommen. Es wurden neue Arbeitsplätze gefördert; die Rechte der Arbeitnehmer gestärkt. Unsere Partei hat erkannt, dass in der heutigen – europäischen – und globalisierten Arbeitswelt weitergehende Schritte erforderlich sind.

Die SPD-Minister in der heutigen Bundesregierung kämpfen für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns.

Von einer Vollzeittätigkeit muss es möglich sein, ein menschenwürdiges Leben zu finanzieren. Nach heutigen Berechnungen darf der Bruttoarbeitslohn einen Betrag i.H.v. 7,50 Euro pro Stunde nicht unterschreiten. Dieser Mindestlohn soll gelten, wenn es keinen Tarifvertrag gibt oder wenn Tariflöhne dieses Mindestniveau unterschreiten. Hier muss der Staat handeln und diesen Mindeststandard sichern.

Bundesarbeitsminister Müntefering setzt sich hierfür ein. Er hat gute Argumente auf seiner Seite: Zurzeit arbeiten mehr als 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte in der Bundesrepublik Deutschland für Armutslöhne, die weniger als 50% des Durchschnittslohns betragen. 500.000 vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind auf ergänzende Leistungen des Staates angewiesen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.

Erste Erfolge sind zu vermelden: Für den Bereich der Postdienstleistungen soll ein Mindestlohn vorgegeben werden. Dies soll zwar über einen recht komplizierten Weg erfolgen und die Höhe muss noch durch einen Tarifvertrag zwischen Gewerkschaften und seriösen Arbeitgebern ausgehandelt werden. Es zählt jedoch das Ergebnis. In einigen Branchen gelten bereits Mindestlöhne über das sog. Entsendegesetz. Dies dient der Gerechtigkeit in Europa.

Für weitere Schritte ist der andere Teil der Bundesregierung zurzeit nicht zu gewinnen. Politik erfordert oft Geduld. Wir in der SPD haben sie. Insbesondere dann,

wenn es um die Rechte der Arbeiter und Angestellten und um die soziale Gerechtigkeit geht. Wir an der Parteibasis werden Druck machen. Gute Argumente und Beharrlichkeit müssen den Weg ebnen, damit Mindestlöhne für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch bei uns gelten.

20 von 27 Staaten der Europäischen Union haben bereits gesetzliche Vorgaben zum Mindestlohn. Wir sollten nicht zögern, der 21. europäische Staat zu werden.

*Christian Christen*

### Bürgerrechte & Datenschutz im Präventiven Sicherheitsstaat

Gemeinsame Veranstaltung der Abteilungen 74, 75, 76 und weiterer mit

Jörg Tauss (MdB)

23.10.2007 um 19:30 - 21:30 Uhr im Pommernsaal Rathaus Charlottenburg  
Otto-Suhr-Allee 100 (am U-Bhf. Richard-Wagner-Platz)



#### Ablauf der Veranstaltung:

1) Präsentation zu Stand und Funktion der Telekommunikationsüberwachung bei offiziell ca. 20.000.000 abgehörten TK-Verbindungen in Deutschland 2006.

2) Referat von Jörg Tauss

3) Ausführlicher Frage- und Diskusstell

- Wo steht die Politik?
- Wo stehen wir, die SPD?
- Wo steht die Exekutive?
- Was können wir tun?

1984 war vor 23 Jahren – CDU/CSU sind längst weiter

**AKTUELLES AUS DEM BUNDESTAG • AKTUELLES AUS DEM BUNDESTAG •**

**Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,**

die parlamentsfreie Zeit ist vorbei – die „**Sommorgespräche 2007**“ sind wieder sehr erfolgreich. Für mich ist das Gespräch mit Ihnen am Infostand auf Märkten und Plätzen im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf wichtig. Als Ihre Bundestagsabgeordnete bin ich ansprechbar und gehe auf Sie zu – auch in einer Zeit, in der kein Wahlkampf ist.

Seit Ende August gibt es in meinem Wahlkreisbüro in der Goethestraße 80 ein neues Angebot: Die **Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)** hat auf meine Anregung hin eine „**Bildungsecke**“ entworfen und den „Prototyp“ in der **GOETHE80** aufgestellt. Hier können Sie jetzt Neuerscheinungen und Standardwerke der **Bundeszentrale für politische Bildung** während der Öffnungszeiten des Büros sichten und bei Bedarf auch den Bestellzettel ausfüllen. Das wird meine Serviceleistung für Schülerinnen und Schüler, für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für alle interessierten Erwachsenen sein.

Im Wahlkreisbüro **GOETHE80** finden auch meine **Bürgersprechstunden** statt:

**Freitag, den 12. Oktober 2007 von 15.00 bis 17.00 Uhr**

**Freitag, den 16. November 2007 von 15.00 bis 17.00 Uhr**

Bitte melden Sie sich telefonisch an unter 313 88 82, wenn Sie Interesse an einem Termin haben.

Im September wird meine parlamentarische Arbeit im Bundestag von den Klausursitzungen in der SPD-Bundestagsfraktion, den Beratungen des Bundeshaushalts 2008 sowie der Föderalismuskommission II bestimmt. Außerdem werde ich im Wahlkreis und im Deutschen Bundestag eine Reihe von Veranstaltungen und Gesprächsrunden durchführen:

Am **19. September 2007**, Beginn 19.45 Uhr, veranstalten wir Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete eine **Fraktion vor Ort Veranstaltung** mit dem **Bundesfinanzminister Peer Steinbrück** zum Thema „**Zukunft gestalten - Herausforderungen an die Finanz- und Haushaltspolitik**“.

Am **30. Oktober 2007** biete ich für die Sportvereine in Charlottenburg-Wilmersdorf eine weitere **Fraktion vor Ort Veranstaltung** an, gemeinsam mit dem stellv. **Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Fritz Rudolf Körper**, **Bezirksstadtrat Reinhard Naumann** und dem **Vorsitzenden des Sportausschusses der BVV, Joachim Kuntze** (SPD) zum Thema „**Sport und Ehrenamt**“ über **das Freiwillige soziale Jahr im Sport**.

Wenn Sie an den Veranstaltungen teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte in meinem Büro. Wenn Sie sich für Neuigkeiten aus dem Bundestag interessieren, können Sie gern meinen Newsletter über [www.petra-merkel.de](http://www.petra-merkel.de) bestellen. Auf Wunsch schicke ich Ihnen den Newsletter auch per Post zu.

Ich freue mich darauf Sie, Ihre Bekannten, Freunde, Nachbarn bei einem Treffen in der **GOETHE80** oder an einer der Veranstaltungen.

Ihre



Petra Merkel  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Wahlkreisbüro**

Wahlkreisbüro **GOETHE 80**,  
Goethestraße 80, 10623 Berlin,  
Tel.: 313 88 82, Fax: 318 001 68  
E-Mail: [petra.merkel@bundestag.de](mailto:petra.merkel@bundestag.de)

**Öffnungszeiten**

Montag 11 – 15 Uhr  
Dienstag 13 – 17 Uhr  
Mittwoch 13 – 17 Uhr  
Donnerstag 11 – 15 Uhr

**Bundestagsbüro**

Petra Merkel, MdB  
Deutscher Bundestag  
11011 Berlin  
Tel.: 227 77262, Fax: 227 76263

# Kunst ohne Künstler?

Über eine Anhörung zur Bildenden Kunst im Wirtschaftsausschuss im Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Mai 2007

Die Kunst boomt, die Kunstszene wächst, Galerien werden eröffnet, Arbeitsplätze entstehen, das ist die allgemeine Bilanz. Der Ausschuss für Wirtschaft im Berliner Abgeordnetenhaus sieht dementsprechend in der Bildenden Kunst einen wichtigen Wirtschaftsfaktor für Berlin.

Vor diesem Hintergrund fand die Anhörung statt, zu der der Galeristenverband, die Vertreterin des Art Forum, Sabrina van der Ley, sowie als Vertreter der Bildenden Künstler der Bundesvorsitzende der Fachgruppe Bildende Kunst von ver.di, Lorenz Müller-Morenius und der Geschäftsführer des BBK, Bernd Kotowski, eingeladen waren.

Die Berichte ergaben folgendes Bild:

Einerseits knüpft die Stadt Berlin an seine Tradition als Stadt der Bildenden Kunst, als Kunst- und Kulturmetropole, erneut an. So arbeiten über 5000, also fast 13% der Bildenden Künstler Deutschlands in Berlin. In der Folge finden Ausstellungen ein immer größeres Echo in der Stadt, bei den Kunstinteressierten, bei BürgerInnen und Besuchern der Stadt. Bildende Kunst ist ein unübersehbarer Wirtschaftsfaktor für Berlin.

Andererseits haben nur 7 % der Berliner Künstler und Künstlerinnen ein Umsatz von über 16617 € im Jahr; die meisten verdienen weniger und viele fallen unter die Armutsgrenze. Fast 60 % der Kunstprodukte werden ohne Galerien vertrieben; 40 % beauftragen zwar Galerien, aber nur ¼ von ihnen haben feste Vertragsbeziehungen; d.h. 90 % der Künstler und Künstlerinnen haben keine regelmäßige Vertretung, sind also Produzent und Verkäufer in einem.

Das verwundert nicht, denn auch die bisherige Wirtschaftsförderung geht an den Künstlern vorbei. Gefördert werden die Käufer von Kunst, Galerien, also die Vermittler von Kunst, nicht aber die Produzenten von Kunst.

Als ob es etwas zu Verwerten gäbe, ohne Produzenten. Dahinter steckt die Ideologie, dass die Vergabe von Geld direkt an Künstler dazu führt, dass er am Markt vorbei produziert.

Schon in dem Kulturwirtschaftsbericht 2005 der Senatoren für Wirtschaft und Kultur findet sich diese Ideologie. In der sogenannten Wertschöpfungskette steht zwar der Bildende Künstler am Anfang der Kette, doch dann folgen nur die Galerien und Auktionshäuser, die den Kunden die Bilder vermitteln. Doch das entspricht nicht der Realität. Die meisten KünstlerInnen sind Produzent und Vermarkter ihrer Werke. Aber gehört das noch zum Kunstmarkt? Sicher. Produzieren sie Kunst? Sicher.

Damit ist der bisherige Ansatz für Wirtschaftsförderung zumindest unvollständig. Man muss darüber nachdenken, wie die bisherigen Instrumentarien der Wirtschaftsförderung für bildende Künstlerinnen und Künstler selbst praktikabel gemacht werden können.

Grundsätzlich, und das hob der Kollege Lorenz Müller-Morenius in seinen Ausführungen hervor, muss der Bildende KünstlerIn frei und unabhängig vom Markt arbeiten und leben können. Von diesem im Grundgesetz verankerten Prinzip sind wir weit entfernt. Aber die KünstlerInnen fordern heute ein, dass sie am kulturwirtschaftlichen Erfolg partizipieren.

Dazu wurden von ver.di Fachgruppe Bildende Kunst, Berlin-Brandenburg und dem BBK folgende Forderungen an den Wirtschaftsausschuss gestellt:

• Wirtschaftsförderungsprogramme müssen den KünstlerInnen zugänglich sein und ihren Bedürfnissen angepasst sein (Existenzgründungsprogramme, Produktionsprogramme, aber auch Messebeteiligungen)

• Bei Beantragung von Fördergeldern z.B. für Kunstausstellungen auf Landes- wie Bezirksebene ist zu sichern, dass Ausstellungshonorare für die Künstler sowie eine Ausstellungsvergütung gezahlt wird

• Überregionale Absatzförderung für die Berliner Kunst in Form von Unterstützung von Ausstellungsbeiträgen im In- und Ausland

• Überbrückungskredite für freiberuflich arbeitende Bildende KünstlerInnen

• Eine Messe der professionell arbeitenden Künstler, die Kunden und Produzenten zueinander bringen, das klassische Instrument der Wirtschaftsförderung.

Die von den Vertretern der KünstlerInnen genannten Probleme und Vorschläge wurden von den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses durchaus aufmerksam aufgenommen. Es bleibt abzuwarten, wie daraus möglichst schnell praktische Politik wird. Geht es doch darum, die Existenzgrundlagen für Kunst und KünstlerInnen zu sichern. *Gotthard Krupp*

## Sprechstunde: Frank Jahnke:

Mitglied des Abgeordnetenhaus.

Sprechstunde: jeweils am ersten Donnerstag jedes Monats 17.00 bis 18.00 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. **Tel./Fax:** 030-313 88 82 oder per E-Mail: [frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de](mailto:frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de)

Anzeige:

# LAVANDEVIL



*Restaurant  
&  
Kneipe*

*Öffnungszeiten: Mo - So 16<sup>30</sup> - 1<sup>00</sup>  
Tel.: 030 / 342 92 80 • Fax: 030 / 342 52 81  
Schustehrusstraße 3 • 10585 Berlin  
direkt am U-Bhf Richard-Wagner-Platz*

## SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;  
Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;  
Christian Christen, Gotthard Krupp; Heike Stock  
V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 80; 10623 Berlin